

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dem Gedenken Robert Dismanns.

Die Trauerfeier in Stuttgart.

Stuttgart, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag wurde die Beisetzung des Genossen Dismann vollzogen. Unzählige Bellschmuckgebungen waren in den letzten Tagen bei dem Hauptvorstand des Metallarbeiterverbandes eingelaufen. Delegationen aus fast allen Staaten des Erdens haben sich eingefunden, um dem Führer der Metallarbeiter das letzte Geleit zu geben. Zahlreiche Kranzspenden zeugten von der Verehrung für den toten Kampfgenoßen. Die Stadt stand unter dem Bann der Trauerfeier.

Die Kundgebung begann um 10 Uhr in Siegle-Haus. Die heimischen und auswärtigen Vertreter der Gewerkschaften und der Partei füllten Schulter an Schulter den schwarz verhängten Saal. In schwarzem Sarg lag auf der Empore der verstorbene Führer und Gefährte, Fahnenabdrücke der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold flankierten den Katafalk. Ein Trauermarsch, gespielt vom Philharmonischen Orchester, ein Trauorchest des Freien Volkshorchs und Genosse Brandes vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes hält die Gedächtnisrede. Noch einmal führt er die Größe des Verstorbenen, der ihm ein guter Freund war, der Versammlung vor Augen. Er rühmt den unermüdbaren Fleiß, den Arbeitswillen, das Organisationstalent und die Treue des Toten, auf den die Kampfgefährten trotz mancher Meinungsverschiedenheiten mit Bewunderung blickten. Wochenlang hatte Dismann die Nächte im Zuge verbracht in rastloser Arbeit für den Aufstieg seiner Arbeitsbrüder, wie sein Leben überhaupt in den letzten Jahren ebenso aufreibend wie aufopfernd war. Aus Hunderten von Kundgebungen, so schließt der Redner, kommt der Schmerz über den Tod Dismanns zum Ausdruck. Viele können es nicht fassen, daß Robert Dismann nicht mehr ist.

Genosse Lig, der Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes, nimmt das Wort. Dismann, dem großen Streiter der Internationalen, gilt sein Gedenken. Oft wird Dismann fehlen, so ruft er aus, man wird ihn vermissen, aber nie vergessen. Millionen Metallarbeiter aller Länder werden heute Abschied von ihm nehmen. Sein Herz hat ausgeschlagen, aber in den Massen schlägt es fort.

Partei Vorstand und Reichstagsfraktion senden ihrem Mitarbeiter die letzten Grüße. Genosse Crispian spricht: Was Dismann stark gemacht hat, war sein unerschütterlicher Glaube an die Massen. Wie wenige hatte er erkannt, daß Partei und Gewerkschaften sich ergänzen müssen. Was die Arbeiterbewegung aus Dismann gemacht hat, hat er ihr mit Zins und Zinseszins zurückgegeben.

Genosse Leipart tritt vor im Namen des ADGB. Er begrüßt den Toten im Namen der Millionen, die in der Arbeiterbewegung stehen. Leidenschaftlich und rücksichtslos, so führt er aus, war Dismanns Kampf. Mitunter auch den Kameraden gegenüber. Stets aber mußte man den ehrlichen, den unerschrockenen und namentlich den uneigennütigen Kämpfer in ihm achten und verehren. Wie der ADGB, so steht der IGB, trauernd an seiner Bahre.

Redner folgt auf Redner. Für den Zentralverband der Angestellten spricht Aufhäuser, Reichstagsabgeordneter Schmidt für das Präsidium des Reichstages, Quindt für den Frankfurter Wahlkreis Dismanns, Klüger für den Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs, Spiegel für die Ortsverwaltung Bielefeld des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Bromberg-London für die englischen Metallarbeiter. Dann der Chor „Das stille Tal“ und die Trauerfeier im kleineren Kreis hat ihr Ende erreicht.

Inzwischen haben sich die Stuttgarter Arbeiter zum Trauerzug in den benachbarten Straßen versammelt. Eine Menschenmenge säumt die Straßenzüge, durch die der Zug, von den Stuttgarter Metallarbeitern geführt, seinen Weg nach dem Prag-Friedhof nimmt. Hier geben dem Toten noch einmal Tausende das Geleit bis an die Pforten des Krematoriums. Der Sarg verschwindet unter einem Berg von Kränzen. Ein Lied, einige kurze Abschiedsworte der Genossen heisse vom Hauptvorstand und Quindt aus Frankfurt, die Fahnen neigen sich und langsam unter Orgeltönen verfliehet der Sarg im Dunkel.

Der Garibaldi-Skandal.

Auch der „Attentäter“ Lucetti von ihm geworden!

Die Affäre Garibaldi zieht immer weitere Kreise. Jetzt hat sich herausgestellt, daß dieser Spieß Mussolinis in Verbindung mit jenem „Attentäter“ Lucetti gestanden hat, der vor einigen Monaten eine Bombe auf Mussolinis Wagen geworfen hatte, welche auf fallend wenig Schaden angerichtet hatte. Offenbar war Lucetti im Auftrag Mussolinis selbst von Garibaldi angeworben worden, um einen Anschlag mit einer ungefählichen Bombe auszuführen. Schon dieser „Anschlag“ hatte den Faschisten den Vorwand geboten, nicht nur Repressalien gegen die Opposition zu ergreifen, sondern auch, da Lucetti aus Frankreich gekommen war, gegen Frankreich zu hetzen und die Auslieferung aller anfallschuldigen Emigranten aus Frankreich zu verlangen, was übrigens von der französischen Regierung kategorisch abgelehnt worden war.

In einem äußerst gemauerten italienischen Kommuniqué wird die übrigens gar nicht zu leugnende Tatsache, daß der Polizeibeamte Lapolla in Beziehungen zu Ricciotti Garibaldi gestanden habe, zugegeben. Die Art dieser Beziehungen und ihr eigentlicher Zweck werden natürlich mit Stillschweigen übergangen.

In Frankreich wächst die Erregung über den Mussolini-Garibaldi-Skandal begrifflicher Weise immer mehr. Es sind bereits mehrere Interpellationen eingebracht worden, die zu Beginn der bevorstehenden Kammeression zur Beratung gelangen dürften.

Im Zusammenhang mit dem „Attentat“ von Bologna werden immer neue Verhaftungen vorgenommen.

Polizeispiegel — Kirchenräuber.

Paris, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag vormittag fand die Gegenüberstellung des Obersten Garibaldi und seines älteren, aus Amerika zurückgekehrten Bruders, des Generals Sanie Garibaldi, statt. Dabei soll sich Ricciotto seinem Bruder zu Füßen geworfen und erklärt haben: „Ich habe zwar Geld genommen, aber ich habe niemals meine Brüder verraten, ich habe unentwegt der greßen Sache gedient.“ Im Laufe der Vernehmung soll Garibaldi das Geständnis abgelegt haben, von der unlängst geplanten Vererbung der Kirche Notre Dame in Paris gewußt zu haben.

Sacco-Vanzetti.

Erfolgshausichten des Weltprotestes.

New York, 8. November. (Melbung der Associated Press.) Gouverneur Fuller von Massachusetts versprach vor seiner Abreise nach Europa den Herausgebern von dreißig fremdsprachigen Zeitungen, daß er ihr Ersuchen, um Entfernung des Richters Thayer wegen Verweigerung der Wiederaufnahme des Prozesses Sacco-Vanzetti sorgfältig erwägen werde. Die Besuchsteller behaupten, die kürzliche Entscheidung beruhe auf ein Vorurteil, nicht auf rechtlicher Überlegung.

Das Folkething aufgelöst.

Die Sozialdemokratie erzwingt Neuwahlen mit einem Programm gegen die Arbeitslosigkeit.

Kopenhagen, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Ein königlicher Erlass verfügt die Auflösung des Folkething am 1. Dezember. Die Neuwahlen finden am 2. Dezember statt.

Kopenhagen, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) Wie erwartet, führte im dänischen Reichstag die zweite Lesung des Krisen-gehworschlages zu einer neuen politischen Situation. Die radikale Venstre, mit deren Stimmen das sozialistische Kabinett über eine Mehrheit im Folkething verfügte, sträubte sich zwar bis zum letzten Augenblick verzweifelt gegen eine Neuwahl, nahm aber ihre Änderungsanträge nicht zurück, so daß die Hauptpunkte des Gesetzes gegen die Sozialdemokratie abgelehnt wurden. So wurden sämtliche Vorschläge, nach denen die Regierung direkte Zuschüsse an die Industrie leisten konnte, abgelehnt. Von den 23 Paragraphen des Gesetzentwurfes fanden nur 10 eine Mehrheit. Ministerpräsident Stauning erklärte, daß das Kabinett unter diesen Umständen die Verantwortung für die Führung der Geschäfte nicht weiter tragen könne.

Dem Korrespondenten des „Soz. Pressedienstes“ erklärte der Genosse Stauning folgendes: „Die Verhandlungen über Stützung des Erwerbswesens Dänemarks, wodurch der Arbeitslosigkeit abgeholfen werden sollte, haben zu einer Sprengung der demokratischen Mehrheit im dänischen Reichstag, wie sie die Wahlen 1924 ergeben hatten, geführt, indem die radikale Venstre in einzelnen Punkten gegen uns waren. Es muß deshalb an die Wähler appelliert werden. Das Ministerium erwartet von dem Wahlergebnis eine Stürzung der Partei. Die Sozialdemokratische Partei steht fest und geschlossen hinter der Regierung. Es herrscht im Lande Begeisterung für die sozialistische Politik und tiefster Mißmut gegenüber den Parteien, die wirksame Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit verhindern haben.“

Aus dem Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte heute Abg. Bartels-Krefeld (Komm.) im Landtag, die sofortige Beratung eines kommunikativen Kontrages, der auf die Veröffentlichungen der Berliner Presse über den Inhalt der vom preussischen Innenminister am Sonnabend angekündigten Denkschrift wegen des Verhols der Organisationen „Wiking“ und „Olympia“ Bezug nimmt.

Abg. Leinert (Soz.) bemerkt, daß es vollkommen genüge, daß der Minister angetündigt habe, dem Landtage werde die Denkschrift zugehen. Eine sofortige Behandlung erübrige sich daher.

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Bartels-Krefeld (Komm.) wird der kommunikativen Wunsch durch den Einspruch des Abg. Leinert für erledigt erklärt.

Das Haus verabschiedet dann ohne Debatte in allen Lesungen und der Schlussabstimmung einen Beschluswurf, wonach das Gebiet des früheren Gutsbezirks Sarnow unter Abtrennung vom Amtsgericht in Storkow dem Amtsgericht in Seesow zugelegt wird.

Krisenfürsorge.

Änderungen in der Fürsorge für die Ausgesteuerten.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat den Beschluß des Sozialen Ausschusses, die Bezugsdauer in der Erwerbslosenfürsorge zu verlängern und damit die ausgesteuerten Erwerbslosen in die Erwerbslosenfürsorge zurückzuführen, abgelehnt. Nach den Beschlüssen des Haushaltsausschusses soll die Reichsregierung unverzüglich eine Gesetzesvorlage einbringen, die in Form einer besonderen Krisenfürsorge die Unterstützung der Ausgesteuerten regeln soll.

Welcher Weg endgültig zu beschreiten ist, wird das Plenum des Reichstages zu entscheiden haben. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hält nach wie vor die Verlängerung der Bezugsdauer für die zweckvollste Lösung einer Fürsorge für die Ausgesteuerten; sie befindet sich darin in Uebereinstimmung mit allen Gewerkschaftsrichtungen und dem Deutschen Städte-tage. Es zeigt sich auch hier, daß die Sozialdemokratie die wirkliche politische Interessvertretung aller Arbeiter und Angestellten ist. Obwohl namhafte Führer der christlichen Gewerkschaften dem Zentrum angehören, gelingt es diesen nicht, ihre Partei für eine so selbstverständliche Forderung, wie es die Verlängerung der Bezugsdauer ist, zu gewinnen und damit eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen. Das muß mit allem Nachdruck den in diesen Gewerkschaften organisierten Arbeitern und Angestellten gesagt werden, weil ein solcher politischer Anschauungsunterricht auf die Dauer nicht ohne Nutzen sein kann.

Entscheidet sich auch das Plenum des Reichstages für eine besondere Krisenfürsorge, so wird es die Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, diese Krisenfürsorge so zu gestalten, daß sie ihrer Aufgabe in ausreichendem Maße gerecht wird.

Dank einer eindringlichen Kritik der Sozialdemokratie hat sich jetzt wenigstens die Mehrheit des Reichstages zu der Auffassung bekennen lassen, daß die Uebertragung der Fürsorge der Ausgesteuerten auf die Wohlfahrtspflege (Armenfürsorge) unhaltbar ist. Das Reichsarbeitsministerium hat selbst früher darauf hingewiesen, daß die öffentliche Fürsorge ihrem Zwecke nach eine Einrichtung zur Bekämpfung individueller Not ist und sie organisatorisch wie sachlich der Aufgabe einer Fürsorge für die Ausgesteuerten gar nicht gewachsen ist. Da es sich um vermittlungsfähige Arbeitskräfte handelt, muß auch ihre Fürsorge den öffentlichen Arbeitsnachweisen belassen bleiben.

Daraus ergibt sich, daß auch eine Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten die organisatorischen Einrichtungen der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge beibehalten muß, sie muß aber auch ihre rechtlichen Grundlagen übernehmen. Dazu gehören insbesondere: die Voraussetzungen für den Unterstühtungsanspruch, die Höhe der Unterstützung und die Beschwerdemöglichkeiten zur Bestandmachung der Ansprüche. So unzureichend diese sind, sie geben doch den Selbstverwaltungsorganen der öffentlichen Arbeitsnachweise ein bescheidenes Mitwirkungsrecht.

In welcher Form auch die Fürsorge der Ausgesteuerten geregelt wird, sowohl bei einer Verlängerung der Bezugsdauer wie auch bei einer besonderen Krisenfürsorge muß selbstverständlich sein, daß allen Ausgesteuerten diese Neuregelung zugute kommt. Es wäre verantwortungslos, in diese Fürsorge etwa nur die seit dem 1. Juli dieses Jahres Ausgesteuerten einzubeziehen. Ein solch äußeres Merkmal kann und darf nicht maßgebend sein für den Kreis derjenigen, die Anspruch auf diese Fürsorge haben. Liegen die allgemeinen Voraussetzungen der Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit vor und kann angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden, dann muß für jeden Erwerbslosen, gleichgültig, wie lange er erwerbslos ist, nach den Grundätzen der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge gesorgt werden.

Es gehört ein besonderes Maß von Verständnislosigkeit dazu, wenn von der Regierung und den bürgerlichen Parteien in diesem Zusammenhange so häufig das ausreißende Wort vom mangelnden Arbeitswillen gebraucht wird. Die arbeitslosen Arbeiter und Angestellten, es muß gegenüber solchen ungeheuerlichen Unterstellungen immer wieder gesagt werden, haben keinen dringenden Wunsch, als wieder in Arbeit zu kommen. Es ist eine Verhöhnung ihrer Leiden, immer wieder vom mangelnden Arbeitswillen zu reden, der doch nur den Vorwand abgeben soll, die unzulängliche Unterstützung ganz zu entziehen. Die allgemeine Erwerbslosenfürsorge enthält bereits viel zu weitgehende Bestimmungen über die Prüfung des Arbeitswillens, daß jedes Wehr ein Ueberspannen des Bogens bedeuten würde. Bedürftigkeitsprüfung, Notstandsarbeiten, Pflichtarbeiten und nicht zuletzt die Vorschriften des § 13 der Erwerbslosenfürsorge sind solche Möglichkeiten. Danach ist die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufs und Wohnorts liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Man weiß wirklich nicht, was ein unsozialer Geist noch weiter erfinden will.

Die Fürsorge der von der Erwerbslosenfürsorge Ausgesteuerten muß sich auch auf jene erstrecken, die von der Wohlfahrtspflege nicht unterstützt werden, weil sie noch nicht so weit heruntergekommen sind, daß Hilfsbedürftigkeit im

Sinne der Armenfürsorge vorliegt. Nur solche dürfen doch nach den geltenden Bestimmungen von der Wohlfahrtspflege weiter unterstützt werden. Deshalb darf es auch nicht heißen, daß in die Krisenfürsorge nur solche Erwerbslose aufzunehmen sind, die 52 Wochen unterstützt wurden. Wir haben keine allgemeine Unterstützungsbauer von 52 Wochen, sondern nur von 39 Wochen. Ueber dieses zulässige Höchstmaß von 39 Wochen kann durch den öffentlichen Arbeitsnachweis nur ausnahmsweise zur Vermeidung unbilliger Härten hinausgegangen werden. Es liegt auf der Hand, daß all diesen Erwerbslosen ihre Hilfsbedürftigkeit im Sinne der Wohlfahrtspflege verneint wird, wenn sie nicht einmal bedürftig im Sinne dieser Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge waren. Das dürfte ein wesentlicher Grund mit dafür sein, daß die Zahlen über die von der Wohlfahrtspflege unterstützten Ausgesteuerten geringer sind wie das tatsächliche Heer der Ausgesteuerten. Der letzte Geschäftsbericht des Arbeitsamts Ludwigshafen bestätigt, daß man mit statistischen Scherzen eine soziale Krise nur auf dem Papier mildern erscheinen lassen kann. Es heißt da:

„Von den ausgesteuerten Erwerbslosen waren 644 verheiratet, und 334 ledigen Standes.“

Eine Ende Juli 1926 geflogene Erhebung über das weitere Schicksal der männlichen Ausgesteuerten hat ergeben, daß 226 in Fürsorge der öffentlichen Wohlfahrtspflege standen, 53 Rotstandsarbeiten verrichteten und 191 eine dauernde Arbeitsstelle inne hatten. 62 verrichteten Aushilfsbeschäftigung bei Landwirten und Kleinbetrieben, während 268, meist ledige, ohne Arbeit und ohne Unterstützungsbauzergemittelt wurden. Die restlichen 40 sind teils unbekannt wohin verzogen, sowie einige inzwischen mit Tod abgegangen.“

Das ist das Verhältnis in einer großen Industriestadt. Wie mag es erst auf dem Lande aussehen.

Die Fürsorge für die Ausgesteuerten muß sich also auf alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Arbeitslosen erstrecken, gleichgültig, ob und wie lange sie in der Wohlfahrtspflege sind; sie muß automatisch einsetzen, sobald die allgemeine Erwerbslosenfürsorge aufhört. Will man den Ausgesteuerten eine solche wirkliche Fürsorge angeheben lassen, dann ist nach wie vor der einfachste Weg die Verlängerung der Bezugsdauer. Auch England mußte diesen Weg gehen. Es wäre mehr wie eine Illusion, anzunehmen, daß eine Krisenfürsorge in wenigen Monaten wieder befristet oder abgebaut werden könnte. Für eine solche baldige Gesundung des Arbeitsmarktes sprechen leider keinerlei Anzeichen.

Der 9. November.

Brauns Funkrede, die Deutschnationalen und das Verhältniswahlrecht.

Gegen die Antündigung, daß der preußische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, morgen abend im Rundfunk eine Rede über die Bedeutung des 9. November halten wird, läuft die gesamte deutschnationalen Presse Sturm. Sie kann damit aber nichts an der geschichtlichen Tatsache ändern, daß auf den Ereignissen des 9. November 1918 der ganze Aufbau unseres staatlichen Lebens basiert. An diesem Tag ist nun einmal — so schmerzhaft das auch den Herrschaften sein mag — die Republik proklamiert worden, die zu ihrem Leidwesen auch heute noch besteht. Da ist es denn durchaus in der Ordnung, daß ein Mann in hervorragender Stellung, der nicht nur mit seinem Titel, sondern mit seiner ganzen Persönlichkeit die Republik präsentiert, in seiner Funkrede der Bedeutung jenes Tages gerecht wird.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Landbundes, macht das Proteststürmchen mit. Sie nennt Brauns Rede im voraus eine „geschmacklose Provokation“ und liefert selbst ein Beispiel ihres guten Geschmacks, indem sie unverschämterweise den preußischen Ministerpräsidenten als einen „Revolutionsgewinnler“ bezeichnet. Dabei passiert ihr je-

doch das Mißgeschick, daß sie ihrem Protestartikel unmittelbar einen anderen Artikel voranstellt, in dem eine Revolutionserregung in den höchsten Tönen gepriesen wird.

Herr Baedeker, der frühere Chefredakteur, jetzige parlamentarische Mitarbeiter des Agrarierorgans, ist in das Verhältniswahlrecht so verbezt, daß er seiner Reform, wie sie vom demokratischen Reichsinnenminister geplant wird, den schärfsten Widerstand entgegensetzt. Er weiß zwar nicht genau, wie die Reform des Herrn Rütz aussieht, aber er will unter allen Umständen, daß auf diesem Gebiet alles so bleibt, wie es ist. Zunächst, so setzt er auseinander, ist das Verhältniswahlrecht viel besser als das alte System der Einzelwahlkreise:

Für jeden Kenner steht es fest, daß die Fühlungnahme zwischen den Abgeordneten und ihren Wählern heute im allgemeinen

Denkt des 9. November!

Am 9. November, den die Reaktion mit ihrem Haß beehet, werden die Republikaner, vor allem unsere Parteigenossen, des historischen Tages gedenken, der im Jahre 1918 das Getümpel aus einer verflochtenen Geschichtsperiode hinwegfegte. Zum äußeren Zeichen dieses Gedenkens zeigen sie am Dienstag die Flagge der Partei und der Republik. Also:

Flaggen heraus zum 9. November!

viel enger und reger ist, als unter dem früheren System mit seinen Einzelwahlkreisen. Das mag vielleicht für die Parteien nicht gleichmäßig gelten; aber daß die Abgeordneten mit wenigen Ausnahmen heutzutage viel öfter mit ihren Wählern in unmittelbarer Beziehung treten, viel häufiger öffentlich oder in kleineren Kreisen zu ihnen sprechen müssen, trifft wohl für alle Parteien zu. Nur ist eben der rein lokale Horizont des früheren Verhältnisses zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern gleichsam zum landsmannschaftlichen erweitert. Ob das ein Schade ist, kann gerade bei der politischen Mentalität der deutschen Wähler mindestens zweifelhaft sein; gar nicht zweifelhaft aber ist, daß die jetzigen demokratischen Schlagworte dieser Richtung dem Grundgedanken der Weimarer wie überhaupt jeder modernen Verfassung widersprechen: daß nämlich der Abgeordnete nicht Vertreter einer lokalen Wählergruppe, sondern Vertreter des ganzen Volkes ist und sein soll. Die Rückständigkeit einer anderen Auffassung liegt ja auch klar auf der Hand. Aber das „Vertrauen“ der Wähler? Nun, wenn die Wählerhaft einer bestimmten Wahlprovinz vor einer Liste steht, die die besten Männer dieser Provinz umfaßt, so wird sie ganz gewiß zu der Gesamtheit dieser Männer, zugleich aber auch zu den einzelnen, mindestens nicht weniger Vertrauen haben, als zu dem Einzelvertreter eines kleinen Wahlkreises; davon noch abgesehen, daß nach der ganzen Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse in Deutschland die Vertreter von kleinen Wahlkreisen nur zu häufig gar nicht aus dem Wahlkreis selber stammen würden.

Herr Baedeker ereifert sich schließlich gegen jede Antantung des bestehenden Wahlrechts so, daß er die Wahlreform des Herrn Rütz ganz einfach „einen Humbug“ nennt. Der eigentliche Grund dieses Eifers ist leicht zu erkennen: der Landbund will seinen führenden Männern auch weiter Mandate auf der Reichsliste sichern. Aber daß er das heute kann, ist eben auch eine Errungenschaft der Revolution, eine der Auswirkungen des 9. November.

Die Rechtspreffe sollte also lieber abwarten, was Braun morgen sagen wird. Vielleicht macht er sich das Vergnügen, den Artikel des Herrn Baedeker vorzulesen! Was sagt sie dann?

Primo verzehrt der Artillerie. Der spanische Ministerrat hat beschlossen, den wegen ihrer Revolte verurteilten und verabschiedeten Offizieren ohne Bedingungen und Demütigungen ihre alte Stellung wiederzugeben.

Die Tirpitz-Methode.

Ein Erziehungsversuch an Tirpitz.

Der ehemalige Reichsminister in London, Lichnowski, richtet an Tirpitz einen „Offenen Brief“, in dem es heißt:

„Euer Erzellenz haben mir die Ehre erwiesen, einen unter dem 26. Dezember 1914 an Sie gerichteten vertraulichen Brief in Ihrem soeben erschienenen neuen Dokumentenwerke der Veröffentlichung zu übergeben.“

Ich habe nicht den geringsten Grund, meine damalige Ansicht zu verleugnen, daß es uns nicht gelingen wird, den Frieden zu diktieren, und daß daher der Verständigungsfrieden über England das zu erstrebende Ziel sei. Diesen Standpunkt habe ich sowohl im Gegensatz zu Euer Erzellenz als auch zu den meisten politischen und militärischen Persönlichkeiten während des ganzen Krieges leider ohne Erfolg vertreten, und die Ereignisse haben mir nur zu sehr Recht gegeben. Es ist aber bisher Sitte gewesen, daß die Veröffentlichung von Schriftstücken, die weder einen dienlichen noch einen geschäftlichen Charakter tragen, nicht ohne Zustimmung des Absenders erfolgt, und ich hätte mit besonderem Vergnügen mein Einverständnis gegeben, aber natürlich gewünscht, daß ironische Schlussbemerkungen über einen befreundeten Diplomaten als nicht zur Sache gehörig in Fortfall kommen.“

Der Erziehungsversuch Lichnowskis an Tirpitz wird ohne Erfolg bleiben. Die Indiskretion, die widerrechtliche Verwendung amtlicher Akten gehört zum System Tirpitz.

Beitritt der Schweizer Partei zur SAJ.

Dreiviertelmehrheit für Beitritt. — Zweidrittelmehrheit für „revolutionäre Deutung“.

Bern, 8. November. (WZ.) Der Hauptgegenstand der Beratungen des Parteitagess der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, über dessen Beginn bereits berichtet wurde, bildete die Frage des Beitritts zur Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Dieser Beitritt wird von der Mehrheit des Parteivorstandes empfohlen, von einer Minderheit unter Führung des Nationalrats Schneiders abgelehnt; auch hinsichtlich der Notifizierung des Beitritts sind zwei Auffassungen zu unterscheiden: während die Mehrheit des Parteivorstandes mit Nationalrat Grimm an der Spitze dem Beitritt eine revolutionäre Deutung gibt, will die Minderheit, Nationalrat Raine und Genossen, in dem Beitritt nur einen Schutz gegen die Bedrohung der Errungenschaften der Arbeiterklasse erblicken. Der Parteitag beschloß nun heute mit 249 gegen 71 Stimmen grundsätzlich den Eintritt der Schweizer Sozialdemokratischen Partei in die Sozialistische Arbeiter-Internationale und stimmte gleichzeitig mit 190 gegen 101 Stimmen der oben erwähnten Notifizierung der Mehrheit des Parteivorstandes zu. Bei den anschließenden Wahlen der Vertreter der Partei im Vollzugsausschuß der Internationale wurde Nationalrat Grimm zum Delegierten und Graber zum Stellvertreter bestimmt.

Weitere Beschlüsse des Parteitagess.

Bern, 8. November. (WZ.) Der Schweizer sozialdemokratische Parteitag stimmte in der Resolution mit 205 gegen 90 Stimmen dem Antrag der Mehrheit des Vorstandes zu, wonach der Militarismus, soweit er als Instrument des bürgerlichen Staates in Erscheinung tritt, zu bekämpfen sei. Ein Zusammenhang mit den bürgerlichen Pazifisten wurde abgelehnt.

Neue Landbundaffäre.

Stettin, 8. November. (Eigener Drahtbericht.) In Stolz in Pommern wurde der Landbundsekretär Koschak wegen großer Unterschlagungen — es handelt sich um viele tausend Mark — verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Koschak war sogenannter Bauernsekretär und hat unbefugte große Geldsummen von Besitzern eingezogen, die er dann für sich verbrauchte. Die Untersuchung ist noch im Gange.

Puccinis „Turandot“.

(Erstaufführung in der Städtischen Oper.)

Drei Akte, drei Stationen, drei Symbole. Im Anfang die dem Oratorium genäherte Choroper, russisch, Nangrauschend, üppig, breit und tief gefeigert bis zu letzter dramatischer Wucht. Solch ein erster Akt ist in der Opernliteratur dreier Jahrzehnte zu suchen, aber nicht zu finden. Mit Tönen, die Ernst und Tragik in den ersten Takteten verkünden, arbeitet ein ökonomischer Künstler. Raum, daß ihr Motive trennen, wägen, verbinden können, kaum daß Charakter den einzelnen Phasen besondere Prägung leiht. Aber die Stimmung ist außerordentlich getroffen, Schicksal geht um, Grausamkeit schmettert durch Trompeten, Leid klingt im Chor des Volks, Hoffnung, Liebe und Erwartung singen sich in den drei Menschen dieses Aktes frei. Ein Liebespaar wie das der Elvira Bin mag zierlich und klein sein, die Warnrufe des alten Truma mögen in ihren Notizen bedeutungslos bleiben: der Eindruck ist der einer menschlichen Rührung, einer menschlichen Vereinsamung, wie sie selbst Puccini nur selten zeichnete. Das Volk herrscht musikalisch, im Schrei des Entsetzens, in den Tümmungen der Stimmen, im karnivalistischen Tanz, im Versuch des Trostes. Heraus löst sich strahlend Wesen und Leidenschaft des jungen Prinzen, abwärts klingt der Buffon venetianischer Gaultier. Grundton: nicht Komödie, sondern allmenschliche Tragik, vergeblicher Trost gegen Unkraufamkeit. Ein kaum glaublicher, niemals wahrer Theaterakt ist am Pathos Schillers, an der Parodie Gozzis vorderegegangen. Die Musik, von byzantinischer Realisadenheit und reichlicher einheitlicher Sangesstimmung, hat Ernstes und Unwahres, Heiteres und Groteskes, Scheinwirklichkeit und Märchen gemischt, umhüllt, verdeckt und gerettet zu einem fesslenden, wunderbaren Theatererleben.

Ist hier die Choroper, episch beginnend, mit Feueratem zur letzten Turandot-Katastrophe treibend, groß geschaffen, so beginnt im zweiten Akt eine Komödie, lang, witzige, leicht-banale Unterhaltung. Es beginnt zugleich ein Akt im Grundgebäude des Wertes deutlich zu werden, das Drama biegt ine Burleske ab, die grausige Idee wird durch drei Einfältigkeiten, durch Ping, Pong und Pong auf Alltäglichkeit gestellt. Das Mikrokosmos ist leicht und gut charakterisiert. Wo aber der Butterley-Komponist 10 Takte komponierender Arbeit braucht, da dehnt er ein Intermezzo hier zu einem halben Akt. Die große Rätselratze hebt an, malerisches Bild, große Ensemblestimmung, regulatorisches Fragen der Turandot, banges Schweigen und peilhaft aufsteigendes Antworten eines neuen Jung-Siegfried. Hier lebt Puccini vom Wort, von der Kraft früherer Opern. Von Tosca kommt er einen ganzen Abend nicht mehr los, nicht von der Schmetterlingfrau. Im dritten Akt schließlich wird die Lyrik Minis noch einmal lebendig: die Ein-Szene, ihr Bekenntnis zur Liebe und ihr selbstgewählter Tod bezeichnen noch einmal einen Aufstieg zu letzter Verkürzung und Schönheit. So singt, so lebt, so stirbt ein Mensch. Dieses stärkt ergreifende Erlebnis bietet den Reiz. Er schreibt keinen Takt mehr. Was folgt, ist Abweg. Kalaf gibt der stolzen Turandot das Geheimnis seines Namens preis. Der Stolz des männerhaffenden Weibes ist gebrochen, die Viehlose, Grausame ist durch Liebe zur Entlarvung ihrer selbst gekommen. Text und

Rustik ähneln sich hier in der Wiederholung von blutarmen, das Wort und den Ton nicht mehr über sich selbst hebenden Wendungen.

Das Wort bleibt dennoch das eines Kesslers, der sich im Eingangsakt zu einer ganz großen künstlerischen Offenbarung steigerte. Sie ist so zwingend, daß auch die Unbilligkeit des ganzen letzten Aktes die Erinnerung nicht auslöscht. Von äußerer Bewegung und innerem Trieb voll entfaltet sich das Spiel (in der Dichtung Adamis und Simonis) auch für die Schauspieler bunt und reizvoll. Heinz Lietzsch brachte in die wichtigen, glänzend gefungenen Chöre eine Ausdruckskraft von vorbildlicher Haltung. Das Geschlossene löste sich, das Vokale hallte sich im Schnitt mit der Musik. Das Volk lebte in seinen Gesten, jubelte, verzweifelte. Gleiches schien in keinem Augenblick zur Formel geworden, Bindungen schienen in Freiheit geraten. Das Licht und die Besetzung gingen mit dem Affekt der Menge mit, auf und ab. Auch die Buffo-Szenen (von Rehner, Steier, Bombert hurtig, witzig gespielt) fielen durch das Tempo gesunder Lebendigkeit auf. Bruno Walter war der Partitur ein glühender, überlegener, einfühlsamer Deuter. Theaterblut ganz anderer Färbung, als sonst bei diesem Dirigenten, wälzte auf, strahlte und durchglühte die Instrumente. Von Demans sieghafter, höchst gekonnter Leistung war schon im Vorbericht gesprochen. Er sang und spielte, als hätte er die Rolle zum hundertsten Mal gegeben; ebenso von der unvergleichlich rührenden Stimme, der reichen Herzlichkeit im Wesen der Uta (Lotte Schöne). Das große Problem aber hieß: Turandot. Frau Salvatini muß ihr Temperament künstlich abstellen, muß Hitze und Natur in Eisefälle und Künstlichkeit wandeln. Ein Weib, durch Stimme und Aussehen, Art und Rollenfach zum Lieben bestimmt, soll plötzlich zum Warmor der Empfindungslosigkeit erstarren, soll alle Weichheit und Weiblichkeit verlusten. Das gelingt nicht. Zu weich der Sopran, zu hart der Ausdruck des Gesanges, zu vorsichtig der Romanz, zu unklar der Gestalt, die alles zu wissen scheint, bevor es noch ausgespielt ist. Am Zwiespalt dieser unheimlichen Partie wird noch manche Künstlerin scheitern. Ehrenvoll für Frau Salvatini, daß man ihre wahre Natur erkannte, als die Dichtung anfing, aus einem Ungeheuer einen Menschen zu machen. Zu dem großen Erfolg des Abends trug ihre artistische Größe, die edle, warmherzige Figur Tamas (Baumann), trug auch das üppige, edle, lebenswichtige Bühnenbild Puccinis bei. Täuscht nicht alles, so wird Puccinis „Turandot“ sich seinen anderen Repertoireoperen glänzend und erfolgreich anreihen. Gerade das unermittelte Nebeneinander von Lyrik, Drama, oratorischem Epos, das zu bekämpfen ist, wird die Menschen zum Werk hin-zwingen.

Kurt Singer.

Vernunft über Bord. Feinade wäre, an einem Mädchen hat es gegangen, geflern im Neuen Theater am Jop Ernst Gaeblers Tragödie „Seele über Bord“ im Gefächter der erlaunten Zuhörerschaft untergegangen. Herr Gaebler behandelt (in blumiger und metaphorischer Sprache, die, gerechterweise sei es anerkannt, manchmal dichterische Begabung ahnen läßt), die Tragödie des Alters. Er exemplifiziert das nicht wie üblich an der Frau im gefährlichen Alter, sondern an einem Mann. In der Vorgeschichte, so wunderliche Wege geht die Natur, erschlägt er, damit die Zeitpinne steht, seinen jungen Schüler. Im Drama selbst hat der sonderbare Schwärmer, abgesehen davon, daß er es nicht länger erträgt, Mensch

zu sein, unter Bewußtsein und der Verfolgung durch zwei Geheimpolitikern zu leiden. Das sind sehr eigenartige Defektive. Sie können ihn schon in der zweiten Szene verhaften, lassen ihn aber noch sechs bis acht Auftritte zappeln. Aus guten Gründen. Sonst hätte der Dichter nämlich weiter keine Gelegenheit, seinen Geist zu verprühen und in buntem Spielball von entleerter Sachlichkeit zu reden. Herr Dr. Sherman, der das Stück für eine Matinee der „Junge Generation“ in Szene gestellt hatte, schloß sich als Regisseur eine eigene Note, indem er die im übrigen unruhigierten Darsteller zu heftigem Gekiffen oder überhöflicher Schreierei veranlaßte. Infolge dieses Auftritts verstand man vom Stück nur einen Teil, aber man hatte schon von diesem Teil genug. So wenig diskutabel Gaeblers Tragödie in literarischer Hinsicht ist, so dankenswert ist die Aufführung heute, wo das Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schand und Schmutz droht. „Seele über Bord“ hat bei seiner Uraufführung in Kassel einen Theaterbrand und wegen Unflüchtigkeit und Gotteslästerung eine Staatsanwaltschaft entleert. Erstens kann kein vernünftiger Mensch selbst bei Lupenbetrachtung etwas Anstößiges an dem belanglosen Stück entdecken; zweitens sieht man mit Grauen, daß die geistige Freiheit schon ohne das Schmutzgesetz schlamm genug gekocht ist. Es dürfte interessant sein, daß heute, im achten Jahr der Republik, noch folgender Paragraf des Strafgesetzbuches in Kraft ist: „Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Weisungen Gott lästert, ein Verbrechen begeht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.“ Dgr.

Theater am Bülowplatz. Die Erstaufführung von Boris „Kastabl“ in der neuen Inszenierung der Volkshäuser (Regie: Erwin Wöckner), am Mittwoch, den 10. November beginnt um 7 1/2 Uhr.

Vollständiger Bach-Abend. Am 10., abends 8 Uhr, findet in der Philharmonie ein populärer Bach-Abend des Berliner Regie-Ebors mit dem Philharmonischen Orchester unter Leitung von Dr. Kurt Singer statt. Karten zu 1,50 M. und 1 M. an der Abendkasse.

Im Hofe der Staatlichen Kunsthochschule. Prinz-Albrecht-Str. 7a. findet am 11., abends 8 Uhr, ein Vortrag von Arthur Raffl, 1. Vorkämpfer des „Hol. Vereins zu Berlin 1868“ über das Thema statt: „Die deutsche Berufsphotographie schaffen“. Der Vortrag ist mit Lichtbildern illustriert. Der Eintritt ist frei.

Handgemalte Holbrins des Meisters entdeckt. In den Vereinigten Staaten für freie und angewandte Kunst, Charlottenburg, Hardenbergstraße 33, wird am 10. eine Ausstellung von Kopien eröffnet, die von dem Maler Robert Richter nach Handgemalten in der Lindauer Veltersche hergestellt sind. Rombolte Forscher glauben die Originalen Hans Holbein d. Älter. zuzuschreiben zu sollen.

Im Meißnerhof, Köthener Str. 33, liest am 11., abends 8 Uhr, Dolar Maria Graf aus eigenen Werken.

Karl Cleving wird am 14., 8 Uhr im Beethovensaal nach einer historischen Einleitung Gesellschaftslieder aus dem 17. und 18. Jahrhundert mit Begleitung eines Streichquartetts vorgetragen. Der Vortrag des Abends wird von dem Künstler dem Bühnenband deutscher Schriftsteller zu Wohlfahrtsworten gewidmet.

Im Festungsmuseum liest am 11., 8 Uhr, Prof. Dr. Cumberg über „Die drei großen Berliner Historiker des vorigen Jahrhunderts: Niebuhr, Ranke und Treitschke“. Kammermusik von Beethoven spielen Götter Brandenberg (Klavier) und Armin Riedemann (Cello).

Einsturz der Havelbrücke bei Liebenwalde.

Glücklicherweise kein Verlust von Menschenleben.

Von der kleinen märkischen Stadt Liebenwalde, dem Endpunkt der bekannten Kleinbahn Berlin-Reinickendorf-Liebenwalde, führt eine Straßenbrücke über die dort ziemlich stark strömende Havel im Zuge der Straße Liebenwalde-Neuholland. Die Brücke ist im übrigen in Eisenbeton erneuert worden und hatte sich bisher bewährt. Die Gewalt des ungewöhnlich starken Hochwassers wurde in der Nacht zum Sonntag so stark, daß die Eisenbetonbrücke nicht standhielt und einstürzte. Glücklicherweise ist bei dem nächsten Einsturz keine Person zu Schaden gekommen. Nach dem ersten Einsturz wurde im Laufe der Nacht durch die Gewalt des Wassers Stück um Stück von der Brücke abgerissen und flussabwärts getragen.

Infolge der starken Niederschläge der letzten Zeit — in drei Tagen der vorigen Woche sind 45 Millimeter Regen gefallen, so viel, wie sonst in einem Monatsdurchschnitt — ist die obere Havel mit ihren Nebengewässern ganz erheblich gestiegen. Die Bänke der oberen Havelgebiete waren schon durch die nasse Bitterung der vorhergehenden Zeit stark mit Wasser gesättigt, so daß die Niederschläge nahezu vollkommen abfloßen. Infolgedessen stieg an dem Wehr, das mit der seit einem Jahr dem Verkehr übergebenen Eisenbetonbrücke im Zuge der Liebenwalde-Neuholländer Chaussee verbunden ist, der Wasserdruck ganz außerordentlich. Diefem nicht vorhergesehenen Ueberdruck, der sich noch um so stärker auswirkte, als wegen der unterhalb des Wehrs zurzeit vorgenommenen Uferbefestigungsarbeiten das Wasser hier abgeleitet war, ist das Bauwerk anscheinend nicht gewachsen gewesen, so daß das Havelwasser durchbrach und die Brücke am Sonnabend abend zum Einsturz brachte. Auch der Versuch, das Brückenweh durch Schließung des weiter unterhalb gelegenen Dammbalkenwehrs zu entlasten, mißlang, da das mitgerissene Baumaterial das Schließen verhinderte. Auch dieses Wehr wurde nun auch nur gering beschädigt.

Der Damm zwischen dem unteren Vorflutgraben und dem Bohlanal konnte infolge der von dem Wasserbauamt Zehdenick und der Bauleitung, unter tatkräftiger Mitwirkung der Feuerwehr, sofort vorgenommenen Sicherungsmahnahmen gehalten werden. Auch der Vorflutgraben selbst hat trotz der riesigen Strömung dem Angriff des Wassers standgehalten und gezeigt, daß er von seinem Profil eine durchgreifende Entlastung der Havelniederung herbeiführen kann. Am Sonntag mittag erschien eine größere Kommission im Auftrag des Regierungspräsidenten an der Unglücksstelle, um die notwendigen Maßnahmen für die Wiederherstellung der Bauwerke und die Regelung des unterbrochenen Verkehrs zu treffen. Unglücksfälle sind nicht vorgekommen.

Um das Freibad im Engelbecken.

Eine Rundgebung der Berliner Katholiken.

Gegen den Plan eines Freibades im Engelbecken wurde von einer Reihe katholischer Verbände am Sonntag eine Protestversammlung im Stadthaus veranstaltet. Die Beteiligung war sehr stark. Als Versammlungsleiter richtete der Stadtverordnete Pfarrer Dr. Salzhager schon in seiner Eröffnungsansprache einen heftigen Angriff gegen Oberbürgermeister Böhm. Das Freibad „so nahe“ vor der Michaelskirche sei eine Herausforderung, die er beinahe eine Dummheit nennen möchte. Mit lebhaften Zustimmungsrufen unterstrich die Versammlung diese komplizierte Einleitung.

Dann nahm der Landtagsabgeordnete Kammergerichtsrat Dr. Schmidt das Wort. Auch er verfiel sogleich in einen schellen Ton. Er nannte den Freibadplan eine Beleidigung und Verhöhnung der Katholiken, eine Ungehörlichkeit, einen Wahnsinn, den die Katholiken Berlins unter keinen Umständen zulassen würden. Nicht ein Freibad, sondern ein Rummeleplatz solle da entstehen. Diese wahnwitzige Idee werde zuerst weiser in der städtischen Verwaltung beraten. Seine Kräfte würden immer wieder durch aufständische Beifallstundgebungen unterbrochen, und kräftige Zwischenrufe aus der Zuhörerreihe trugen dazu bei, die Erregung noch zu steigern. Am Betspruch hörten wir dann einen Verammlungsnehmer sagen: „Böhm muß im Engelbecken gekaut werden! Mit ihm ins Wasser!“ Eine Frau stimmte dem Jörnigen bei und vermaß ihm den Mißbrauch des Wortes „taufen“ zu verweisen. Dr. Schmidt brachte gegen das Engelbeckenfreibad religiöse und juristische Bedenken vor. „Mit dieser beleidigenden, unschwer verletzenden, unsere heilige Religion verhöhrenden Zumutung soll man“, rief er, „uns vom Hasse befreien!“ Durch das Gesetz sei ungehörte Religionsübung gewährleistet. Gegen die vom Freibad drohende Störung der Religionsübung müsse die katholische Bevölkerung schon im voraus sich wehren und Schutz fordern. Verständnis hierfür sei bei den staatlichen Behörden mehr als bei der städtischen Verwaltung zu finden, und von ihnen werde hoffentlich Hilfe kommen. Auch durch das Berliner Ortsstatut gegen Verunstaltung des Stadtbildes sei die Kirche und ihre Umgebung geschützt. Er forderte: „Hinweg mit all diesen Bestrebungen zur Verächtlichmachung der Jugend!“ Den Erzengel Michael bat er: „Verteidige uns in unserem Kampf!“ Stürmischer Beifall begleitete diesen Schluß seiner Rede.

Der Versammlungsleiter teilte mit, schriftliche Zustimmung seien eingegangen u. a. von Mars, Birich, Siegelwald, Giesberts, aber auch von Personen, die nicht zum Zentrum gehören. Darauf sprach Schriftsteller Dr. Sonnenstein, und man erfuhr, daß ihm das Freibad im Engelbecken nur als „Miststück“ zu ganz anderen kulturellen Auseinandersetzungen gilt. Volkshäuser solle die Stadt bauen, aber nicht „vor Kirchenfronten“. Als er sagte, er würde auch Einspruch erheben, wenn „vor dem Grabmal einer Rosa Luxemburg eine Entlassungsanstalt“ errichtet werden sollte, nahm man das als „Witz“ und dankte mit schallendem Gelächter. Dürfen wir vermuten, daß die Lacher sich folgendem Einspruch nicht anschließen würden? Nachher erzählte der Redner, man habe ihm gesagt, den Katholiken solle wohl ein Fußtritt gegeben werden. „Katholiken Berlin“, mahnte er, „lassen Sie in dieser Stunde uns versprechen, daß man zum letztenmal uns so behandelt haben soll.“ (Stürmischer Beifall.) Wir Katholiken, aus deren Reihen ein Reichstagsabgeordneter hervorgegangen ist, haben nicht nötig, durch die Straßen Berlins geduckt zu gehen. (Lofender Beifall.) Diese Veranstaltung ist nicht nur ein Protest. Sie ist das Zeichen eines neuen, wachsenden, unbesiegbaren katholischen Berlin. Wir nehmen den Kampf auf! (Erneuter stürmischer Beifall.) Zugelassen wurde einer Resolution, die „flammenden Protest“ gegen das Freibad im Engelbecken erhebt und alle zuständigen Behörden zum Schutz vor dieser „Kulturshand“ auffordert. Mit gemeinsamem Gesang „Großer Gott, wir loben dich!“ endete die Rundgebung. Dr. Salzhager schloß mit der Aufforderung, an dem benachbarten Haus des Zentrumsblattes „Germania“ vorbeizumarschieren, damit die Berliner sehen, daß wir da sind und uns nicht bücken lassen.

Das Befremdende an dieser Veranstaltung war, daß die Teilnehmer selber die Erörterung ihrer religiösen Bedenken nicht vor einer Vermengung mit sehr willkürlichen Schimpfereien zu bewahren vermochten. Wollten wir in denselben Ton verfallen, so müßten wir es als Wahnsinn und Schlimmeres bezeichnen, daß der Freibadplan eine Verhöhnung der Katholiken sein soll. Verhöhnung heißt doch wohl eine Wertschätzung. Will jemand eine derartige Absicht bei den Schöpfern und Befürwortern des Freibadplanes annehmen? Will einer behaupten, die Stadt plane das Freibad gerade dort, um die Katholiken zu ärgern und zu verhöhnen? Eine Erregung, die aus einer mißverständlichen Auffassung entstanden ist, wird in der katholischen Bevölkerung künstlich genährt. Welchem Zweck soll damit gedient werden?

Der letzte Landsberger Femeprozeß.

Der Mordversuch an Feldwebel Gädike.

BS. Landsberg, 8. November.

Das Landsberger Schwurgericht nahm heute die Verhandlung gegen Erich Klapproth, Leutnant a. D. Hann und Oberleutnant Schulz wegen Mordversuchs an dem Feldwebel Gädike wieder auf. Bekanntlich wurde dieser Fall, in dem Gädike als Nebenkläger auftritt, nach kurzer Verhandlung am Dienstag, dem 26. Oktober, vertagt, da sowohl von Seiten des Nebenklägers wie auch der Verteidigung zahlreiche Beweisanträge gestellt und u. a. die Ladung Dr. Gehlers, Seefitz, Sewering u. a. m. verlangt wurde. Da mehr als vier Tage seit der damaligen Verhandlung verlossen sind, muß nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung der Prozeß wieder ganz von neuem aufgerollt werden.

Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses äußerte sich der Angeklagte Erich Klapproth: Er sei an dem fraglichen Tage nach Rüsting gefahren, um Deuten und Zeltbahnen für seine Spandauer Maschinenwerkstatt zu holen, die im Fort Tschernow lagerten. Von Rüsting aus habe er Leutnant Hann mitgenommen. Im Fort habe er sich die Schlüssel von dem Fortwächter geholt, da Leutnant Dabkowski in den Kasematzen Leute habe unterbringen wollen. Man habe erst alle Untertunsträume angesehen. Dann kamen wir in den letzten Raum.

Da habe ich den Gädike geschnappt und hingefunkt.

Wenn ich hatte eine anständige Wut auf den Kerl, den Gädike, der die Munition verschoben hatte, die ich selbst zusammengekratzt hatte. Vorl.: Hören Sie mal, Herr Gädike, Sie sind hier im Saal, lassen Sie beleidigende Ausdrücke. Klapproth: Mich hatte die Erregung gepackt, da habe ich ihn hingefunkt mit beiden Fäusten. Einen Totschlag, das betone ich, hatte ich nicht. Vorl.: Als der Gädike am Boden lag, haben Sie ihn auch noch geschlagen. Was haben Sie dem damit beabsichtigt? Klapproth: Das weiß ich auch nicht, ich wollte ihn ordentlich verplätten. Vorl.: Haben Sie sich nicht dabei gefügt, wenn ich ihn totschlage, schadet es auch nichts? Klapproth: Das weiß ich nicht; wenn mich die Wut packt, dann kann ich mich nicht mehr halten. Erst als Leutnant Hann und Dabkowski mich wegrissen, kam ich zu mir. — Vorl.: Hinterher scheint Ihnen Gädike doch leid getan zu haben, denn Sie sollen gesagt haben: „Wenn ich nicht an Deine Frau und Kinder gedacht hätte, wäre Dir noch etwas anderes passiert.“ — Klapproth: Das ist richtig, aber ermorden wollte ich den Mann nicht. Herr Vorsitzender, ich hätte eine Pistole in der Tasche, ich hätte ihn ja einfach niederschleichen können. Ich habe ihn aber schließlich verhaßt. Vorl.: Hatten Sie auch nicht die Absicht, den Gädike anzugreifen, als Sie zum Fort fuhren? Angekl.: Nein.

Vorl.: Klapproth, hat Leutnant Hann oder Oberleutnant Schulz gesagt, daß Gädike eine Verletzung verdiente? Angekl.: Dann hätte ich es auch nicht getan, auf Kommando prügele ich nicht. Vorl.: Ist es richtig, daß Sie kurz vor der Mißhandlung Gädikes mit Büchling in den Raum stürzten, wo Oberleutnant Schulz den Jante verhörte, um Jante zu verprügeln? Angekl.: Ja. Ein paar Ohrfeigen hätte ich Jante gern gegeben, aber Oberleutnant Schulz ist es nicht. R. A. Falkenfeld: Welche Ansicht herrschte in der Truppe über das Schicksal, das Verräterin blühte; bestand ein fester Brauch gegenüber Verrätern? Angekl.: Wenn mir merkten, daß einer nicht sauber war, wurde er vor die Tür gesetzt. Vor dem Fall Gädike gab es auch keine Schweinereien. So lange ich in Rüsting die Schlüssel hatte, kam auch nichts vor. R. A. Falkenfeld: Hatten Sie von einer bestimmten Dienststelle den Befehl erhalten, nach Rüsting zu fahren? Angekl.: Das weiß ich nicht mehr, aber ich war damals viel unterwegs und hatte auch selbst das Recht, für meine Abteilung Sachen zu empfangen. Ich war ja auch selbständig und bekam nur dann von der Division Befehle, wenn ich Kraftwagentransporte auszuführen hatte.

Die Unterschleife beim Magistrat.

Verhaftung des Stadtspektors Willy Eckhard.

Die Unterschleife, die von den Stadtspektoren Schulz vom Bezirksamt Kreuzberg und Gerhardt bei Bezirksamt Mitte verübt wurden und vor längerer Zeit großes Aufsehen erregten, haben bis jetzt immer noch die Kriminalpolizei beschäftigt. Wie wir feierlich berichten, ließen sich die beiden ungetreuen Stadtspektoren Grund- und Wertwachstumssteuern von den Steuerpflichtigen in ihre eigenen Hände auszahlen, anstatt die Leute, wie es vorgeschrieben und selbstverständlich ist, an die Kasse zu verweisen. Die harmlosen Steuerpflichtigen haben noch einmal zu zahlen. Bis jetzt sind durch die gemeinsamen Untersuchungen der Kriminalpolizei und des Magistrats 30 Fälle solcher Unterschlagungen festgestellt worden. Es handelt sich um Beträge von 2000 bis 3000 Mark, aber auch von 20 000 und 50 000 Mark. Schon bei der Aufdeckung der ersten Unterschlagungen stand der 35 Jahre alte Stadtspektor Willy Eckhard im Verdacht, an diesen Unsauberkeiten beteiligt zu sein. Neuerdings fand man eine Quittung über 5000 Mark, die der Käufer eines Hauses abgeführt hat. Diese Quittung hat nun Eckhard selbst ausgehrieben und von Schulz gegenzeichnen lassen. Eckhard wurde nach diesen Feststellungen verhaftet, dem Untersuchungsrichter vorgeführt und von ihm in Haft behalten. Schulz und Gerhardt sind allem Anscheine nach über Rumänien nach Südamerika entkommen.

Sport.

Tieg-Behrendt führen weiter.

3 Mannschaften in der Spitz. — Und wieder Ueberrundungen.

Die Sonnabendnacht des Sechs-Tage-Rennens, die im Zeichen eines ausverkauften Hauses stand, brachte die Aussetzung vieler Prämien, die bis zur Zwei-Uhr-Nachtwertung das Feld in Tempo hielten.

Der Sonntag.

Die Spontagnachmittagswertungen gehen vor schwachem Besuch vor sich. Nach dem letzten Spurt entseßte Marcellac eine Jagd, die von Hufschke, Junge und Tieg fortgesetzt wurde. Die Opfer sind die Amerikaner, die zwei Verluststunden hinnehmen müssen. Auch dieser Wertung ergab sich folgender Stand des Rennens: Spitzengruppe: 1. Behrendt, Tieg 82 Punkte, 2. Wombst-Lacquehan 35 P. Eine Runde zurück: 3. Aerts-van Hevel 46 P. Drei Runden zurück: 4. Knappe-Rieger 163 P., 5. Koch-Miethe 41 P. Drei Runden zurück: 6. Hufschke-Tonani 85 P., 7. Marcellac-Junge 61 P. Acht Runden zurück: 8. Gottfried-Rebe 175 P., 9. Lewanow-Buschshagen 128 P., 10. Horder-Horan 77 P., 11. Friede-Berghueren 34 Punkte.

Die Zwei-Uhr-Abendwertung sieht dann wieder ein vollen Haus. Um 19 Uhr reißt der um acht Runden zurückliegende Rebe aus und tann leicht und allein eine Runde gewinnen. Wieder blieb das Feld indifferent; eine Angelegenheit, die noch besprochen werden muß. Konnten doch in der Wertung Lewanow, Junge, Miethe und Friede je eine Runde aufholen, ohne daß das Feld auch nur die geringsten Maßnahmen traf, die Verfolgung aufzunehmen. So kann es in einem Sechs-Tage-Rennen, das von keinem Beringeren als Walter Rühl geleitet wird, nicht weitergehen. Inzwischen wird bekannt, daß Knappe wegen Nichtbishererfahren beim Vorstoß Friedes 100 Mark Geldstrafe erhält. Man muß dieses Urteil begrüßen und doch trüßteren: Warum hat das Renngericht nicht auch so schnell gearbeitet, als Miethe lossing. Hier hörte man nichts von einer Bestrafung des Feldführers. Miethe konnte tamplios eine Runde aufholen und so sein Verlustkonto beträchtlich ver-

Oberstaatsanwalt: Ein Zeuge wird bekunden, daß Schulz mit Klapproth in einem Zuge zusammen nach Rüsting gekommen ist. R. A. Dr. Löwenthal: Hat der Angeklagte nicht bei der Prügelzene zu dem Leutnant Dabkowski gesagt: „Seid froh, daß Büchling nicht hier ist, sonst wäre etwas anderes passiert.“ Angekl.: Klapproth: Möglich, Büchling war eben noch etwas größer als ich. Vorl.: Woher wußten Sie das, mußten Sie sich Büchling fügen? Angekl.: Was heißt fügen, Herr Vorsitzender, jeder ging seinen Weg. Vorl.: Sie wollen also sagen, daß, wenn Büchling dagewesen wäre, Leutnant Dabkowski nicht hätte wagen dürfen, Ihnen entgegenzutreten. Angekl.: Darauf weiß ich keine Antwort. R. A. Dr. Löwenthal: Haben Sie nicht lediglich Ihre Befehle von Oberleutnant Schulz erhalten? Angekl.: Nein, größtenteils von den Herren der Division, die auf der Schreibstube saßen. R. A. Dr. Löwenthal: Können Sie sich entsinnen, was Sie nach der Mißhandlung Gädikes taten? Angekl.: (grelzt): Nein, das ist zu lange her. Ich habe der Sache keine Bedeutung beigemessen. Ich dachte: Der hat seine Prügel weg, die Sache stimmt.

Ausschaltung des Nebenklägers.

R. A. Dr. Löwenthal: Wußten Sie nicht, Angeklagter, daß Sie und Büchling die „Wardkommission“ hießen? Angekl.: (durch die Zähne): Dem Herrn Anwalt antworte ich nicht mehr. R. A. Dr. Löwenthal: Haben Sie, Angeklagter, nicht einmal zu zwei Leuten gesagt: „Hüten Sie sich vor Verrat. Zwei Schüsse in den Hintertopf genügen.“ R. A. Dr. Sad: Dagegen muß ich... Vorl.: Herr Verteidiger, Sie haben nicht das Wort. R. A. Dr. Sad (erregt): Ich protestiere, der Hauptparagraf für Verteidiger besteht nicht mehr. Justizrat Hann: Ich protestiere gegen diese Frage. Der Nebenkläger beansprucht in diesem Verfahren eine Rolle, die ihm nicht zukommt. R. A. Dr. Löwenthal: Der Angeklagte kann nicht einfach auf meine Fragen schweigen. Vorl.: Das kann der Angeklagte doch. Ich gebe Ihre Fragen nicht mehr weiter. R. A. Dr. Löwenthal: Das stelle ich hiermit fest. Es muß hier erörtert werden, welche Rolle Klapproth im Mordmordprozeß Thom gespielt hat. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Beweisaufnahme gründlicher geführt werden muß. Vorl.: Ich gebe als Vorsitzender auf weitere Fragenkomplexe nicht mehr ein. R. A. Dr. Löwenthal: Ich bitte, das zu protokollieren und möchte einen Antrag stellen. Vorl.: (klar): Ich erteile Ihnen das Wort nicht. R. A. Dr. Löwenthal: Dann bitte ich, auch das zu protokollieren.

Darauf wurde der Leutnant a. D. Hann, jetzt Kaufmann, vernommen, der eingangs schilderte, wie er zu dem Arbeitskommando gekommen sei. Er habe sich als Soldat gefühlt, da Offiziere des Reichswehrministeriums häufig Besichtigungen seiner Abteilung vornahmen. Von der Kommandantur habe er seinen Reichwehrausweis erhalten. Oberleutnant Schulz kannte er persönlich. Vorl.: Haben Sie gehört, daß Schulz Ansprachen hielt, daß Verrat mit dem Tode bestraft würde? Angekl.: Das ist ausgeschlossen, solange Schulz in Rüsting kommandierte, ging auch alles glatt. Die Verhandlungen gehen weiter.

Revision der Staatsanwaltschaft im Prozeß Schiburr.

BS. Landsberg a. W., 8. November. Wie wir erfahren, hat gestern Oberstaatsanwalt Rohrdt im Prozeß Schiburr und Genossen Revision gegen den Freispruch des Oberleutnants Schulz sowie der Angeklagten Vogel und Willy Klapproth, ferner auch gegen das Urteil bezüglich Erich Klapproths eingelegt.

ringern. Wenn man schon bestraft, dann so, daß alle schuldigen Feldführer ihr Teil abbekommen.

Die Zwei-Uhr-Nachtwertung.

Kurz vor zwei Uhr nachts gab es eine Jagd, die das Bild abermals stark veränderte. Koch-Miethe gewinnen eine Runde und rücken in die Spitzengruppe ein. Auch Junge-Marcellac und Hufschke-Tonani holen je eine Runde auf. Ban Hevel und Knappe stürzen bei der Jagd. Beide Mannschaften werden nicht gewertet und sind daher auch nicht überbrundet. Die Wertung brachte folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Horan, 2. Gottfried, 3. Wombst, 4. Koch. 2. Spurt: 1. Buschshagen, 2. Junge, 3. Tonani, 4. Tieg. 3. Spurt: 1. Lewanow, 2. Gottfried, 3. Behrendt, 4. Hufschke. 4. Spurt: 1. Rieger, 2. Tonani, 3. Tieg, 4. Lacquehan. 5. Spurt: 1. Tonani, 2. Behrendt, 3. Lacquehan, 4. Miethe. 6. Spurt: 1. Wombst, 2. Tieg, 3. Koch, 4. Marcellac. 7. Spurt: 1. Gottfried, 2. Horder, 3. Lewanow, 4. Behrendt. 8. Spurt: 1. Berghueren, 2. Tieg, 3. Koch, 4. Hufschke. 9. Spurt: 1. Tonani, 2. Gottfried, 3. Rieger, 4. Behrendt. 10. Spurt: 1. Aerts, 2. Knappe, 3. Marcellac, 4. Rebe.

In den frühen Morgenstunden verlieren Lewanow-Buschshagen und Friede-Berghueren abermals eine Runde.

Der Stand des Rennens ist folgender: 1. Behrendt-Tieg 101 Punkte, 2. Wombst-Lacquehan 58 P., 3. Koch-Miethe 54 P. Eine Runde zurück: 4. Marcellac-Junge 85 P., 5. Aerts-van Hevel 59 P. Zwei Runden zurück: 6. Knappe-Rieger 186 P., 7. Hufschke-Tonani 113 P., 8. Sieben Runden zurück: 8. Gottfried-Rebe 203 P., 9. Acht Runden zurück: 9. Horan-Horder 85 P., 10. Friede-Berghueren 55 P., 11. Neun Runden zurück: 11. Lewanow-Buschshagen 128 P.

Gegen 7 Uhr früh gibt Lewanow wegen Erschöpfung das Rennen auf. Sein Partner Buschshagen fährt als Ersatzmann weiter.

Rennen zu Strausberg am Sonntag, den 7. November.

1. Rennen. 1. Udana (Kuhleis), 2. Hecker, 3. Heißel. Toto: 17:10. Platz: 14, 17, 15:10. Ferner liefen: Kerkla, Landolo, Nummer Verwärt, Volkstrafe, Rosenkader, Kofe Marie, Brimadonna II, Romano, Tullius.
2. Rennen. 1. Wilscher (Hanser), 2. Brühl, 3. Garreine. Toto: 15:10. Platz: 15, 25, 57:10. Ferner liefen: Boggo, Mac Adam, Turbaal, Buchke, Diamant, Jabolle.
3. Rennen. 1. Melanillo (Müller), 2. Enkel, 3. Wellerberg. Toto: 80:10. Platz: 26, 17, 32:10. Ferner liefen: Melis, Antlope, Karvima, Reuland, Radewitz, Rosenstein, Carl, Proklamation, Dooms Bruder Klamb, Japs, Kriegsgewinnler.
4. Rennen. 1. Cröbüllis (Müller), 2. Ah mo auid, 3. Erbschel. Toto: 118:10. Platz: 38, 42, 16:10. Ferner liefen: Landdrost, Falter, Stummer Tenel, Gulalla, Volkstanz, Le Challenge, Nock Topf, Semis IV, Salstim, Giger.
5. Rennen. 1. Lichtung (Wa. Feuer), 2. Chronos, 3. Riegender der Große. Toto: 249:10. Platz: 19, 11, 12:10. Ferner liefen: Blausfeld, Wintara, Gaste, Oriola, Paas.
6. Rennen. 1. Gerbacht (Vaele), 2. Streiffrage, 3. Vordob. Toto: 81:10. Platz: 15, 22, 37:10. Ferner liefen: Escorial, Colberg, Rita, Glotzde, Frasquia, Binonia, Märchen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Heute Sonntag, 8. November, abends 9 Uhr im Reuen Rathaus, Zimmer 144. Parteikonferenz. Die Bürgerdeputierten können daran teilnehmen.
2. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marziesfeld, Blüthenrade. Für die Revolutionsfeier am 9. November bitten wir, die G.D.D.-Plakate an den Anschlagstellen zu beachten. — Die Mitglieder der Abzugsausstellung treffen sich bereits um 5½ Uhr in der Aula. — Heute Montag, den 8. November, abends 7½ Uhr im Sonderbetsraum der Mittelschule in Rosenhof, Kurfürstendamm 11. Wenn das Kurfürstendamm in die G.D.D.-Abzugsausstellung überführt: Dr. Schöden, Bahrtisches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
3. Abt. Baumgartenweg. Aktion! Infolge einer polizeilichen Verfügung dürfen in Zukunft öffentliche Rundgebungen in Schulen nicht mehr abgehalten werden und fällt aus diesem Grunde die für heute Abend geplante Revolutionsfeier aus.

